

Wissenschaft in der Großen Transformation

Verantwortung für die Gesellschaft

Von Uwe Schneidewind

Ökologische Krisen, wachsende Ungleichheit oder gesellschaftliche Destabilisierung – die Grenzen des aktuellen ökonomischen Entwicklungsmodells läuten eine Umbruchphase ein. Wissenschaft kann darin die Rolle einer Impulsgeberin spielen – wenn sie sich der Gesellschaft zuwendet und ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nimmt.

— Die moderne Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung begann vor über 40 Jahren. Mit dem Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“, der ebenfalls im Jahr 1972 veranstalteten ersten UN-Konferenz „Über die Umwelt des Menschen“ in Stockholm und der kurz darauf einsetzenden ersten Ölkrise bekam das erfolgreiche ökonomische Entwicklungsmodell der Nachkriegsphase erstmals einen Riss, der über die Brundtland-Kommission 1986 und die UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro „Über Umwelt und Entwicklung“ zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung führte.

Seit den 1990er-Jahren zeigen sich zunehmend ökologische und soziale Brüche im ökonomischen Entwicklungsmodell. Die Entfesselung der globalen Produktivitätsreserven passierte nicht nur auf der Grundlage der Ausbeutung von Natur und knappen Ressourcen, sondern auch unter Nutzung von sozialen Gefällen der Ungleichheit. Wachsender Wohlstand kam global immer seltener am unteren Rand der Gesell-

schaft an. Nicht erst Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ als Sachbuchbestseller des Jahres 2014 dokumentiert diese Entwicklung. (1) Immer deutlicher zeigt sich, dass die fundamentalen ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen des 21. Jahrhunderts eng miteinander verbunden sind. Das hat auch Konsequenzen für ihre wissenschaftliche Bearbeitung. Von einer Wissenschaft, die in den vergangenen 30 Jahren äußerst erfolgreich insbesondere die ökologischen Symptome und deren Vernetzung beschreibt – zum Beispiel die Klimaforschung –, bedarf es der Verschiebung hin zu einer Wissenschaft, die die darunterliegenden Transformationsprozesse analysiert und Impulse zu einer Veränderung gibt (vgl. S. 79 ff.).

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hat diese Wende der Nachhaltigkeitsdebatte hin zu einer Transformationsdebatte 2011 mit seinem Hauptgutachten zur Großen Transformation vollzogen. (2) An die Seite der hoch ausdifferenzierten, im Schwerpunkt naturwissenschaftlichen Forschung zu den planetarischen Grenzen muss eine Wissenschaft treten, die gesellschaftliche Transformationsprozesse aktiv begleitet.

Eine solche Verschiebung hat erhebliche Konsequenzen für das Wissenschaftssystem: Um Transformationsprozesse zu verstehen und zu orientieren, stellen sich neue Anforderungen an inhaltliche Schwerpunktsetzungen, an die Transdisziplinarität und das Rollenverständnis von Wissenschaft. (3) Nur wenn Wissenschaft diese aufgreift, kann sie auch im 21. Jahrhundert die Rolle einer zentralen Impulsgeberin für die gesellschaftliche Transformation spielen.

Instrumentalisierung und disziplinäre Selbstbeschränkung

Auch in anderen Phasen fundamentaler gesellschaftlicher Umbrüche hatte Wissenschaft eine solche gesellschaftliche Impulsfunktion inne. Die Aufklärung wäre ohne die philosophischen Arbeiten dieser Zeit sowie die aufkommenden Naturwissenschaften und das damit verbundene Durchbrechen von kirchlichen und obrigkeitshörigen Wissenssystemen unmöglich gewesen. Ähnliches gilt für die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse von 1968 und folgenden Jahren. Sie hatten ihren Ausgangspunkt und zentralen Ort in den Universitäten und den soziologischen und philosophischen Arbeiten dieser Zeit. Ein Fach wie die Soziologie war gesellschaftliche Leitdisziplin – eine Funktion, die sie mittlerweile verloren hat.

Grund für die gesunkene orientierende Bedeutung vieler Wissenschaften sind Prozesse der Instrumentalisierung und der disziplinären Selbstbeschränkung. Medizinischer Fortschritt, Industrie 4.0, moderne Materialien – all diese Entwicklungen wären ohne moderne natur- und technikwissenschaftliche Fortschritte nicht denkbar. Wissenschaft stellt sich hier in den Dienst einer technisch-ökonomischen Entwicklung, die lange auch gesellschaftlicher Fortschrittsgarant war, aber immer weniger ist. Reflexiv angelegte Kultur- und Sozialwissenschaften, die diese Prozesse kritisch begleiten, fallen im gesellschaftlichen Diskurs fast völlig aus. Einmal, weil diese Fächer im Hochschulsystem über die vergangenen 20 Jahre stark zurückgedrängt wurden, zum anderen weil sie durch eine quantitativ-empirische Wende viel von ihrem kritischen Potenzial verloren haben.

Dabei bräuchte es heute beispielsweise mehr denn je eine öffentliche Soziologie (Public Sociology), die sich an die Seite von professioneller (das heißt auf den innerwissenschaftlichen Diskurs ausgerichteter), politischer (das heißt auf Politikberatung hin fokussierter) und kritischer Soziologie stellt (4) – eine Soziologie, die gesellschaftliche Fragen aufgreift, die öffentlich wirkt und sich damit in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einmischt. Gleiches ließe sich für die Politikwissenschaften, die Ökonomie und die Wissenschaften insgesamt fordern: eine transformative Wissenschaft zu werden, die gesellschaftliche Herausforderungen aufgreift und orientierend auf die Gesellschaft zurückwirkt.

Die orientierende Kraft der Wissenschaft

Alternde Gesellschaft, die Entwicklung einer Bioökonomie oder neuer Materialien, die Gestaltung unserer künftigen Mobilität und Städte oder die Zukunft der Informationsgesellschaft: All diese Entwicklungen greifen tief in die gesellschaftliche, soziale und kulturelle Dynamik unserer Gesellschaften ein. Wissenschaftlich getrieben werden sie aber im Wesentlichen durch technologische Entwicklungsvisionen. Die gesellschaftliche Reflexion findet kaum statt.

Hier ist Wissenschaft gefordert. Nicht nur als instrumentelle, sondern als eine die Gesellschaft orientierende Kraft. In Phasen umfassender Transformation brauchen Gesellschaften transformative Wissenschaften, die Orientierung geben. Für die ausdifferenzierten Wissensgesellschaften des 21. Jahrhunderts gilt das nochmals mehr

„ In Phasen umfassender Transformation brauchen Gesellschaften transformative Wissenschaften, die Orientierung geben. “

als in vorangegangenen historischen Epochen. Und dabei handelt es sich keineswegs um eine Überhöhung, Selbstanmaßung, eine „Hypertrophierung der Wissenschaft“ (5), sondern um das Überwinden der Selbstbeschränkung im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Orientierungsfunktion.

Welche Anforderungen muss eine Wissenschaft erfüllen, die in einer fundamentalen Umbruchphase für eine Gesellschaft umfassend orientierend wirkt? Drei Aspekte scheinen essenziell: Sie muss sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung stellen. Sie muss sich der Vielfalt gesellschaftlicher Impulse pluralistisch öffnen. Und sie muss die strukturellen Voraussetzungen für eine inter- und transdisziplinäre Problembearbeitung schaffen.

Eine Wissenschaft, die den Anspruch hat, in die Gesellschaft hinein zu wirken, muss sich von dieser Gesellschaft irritieren lassen. Sie muss sich auf diese Gesellschaft beziehen. Dies kann nicht gelingen, wenn Wissenschaft und ihre Disziplinen selbstreferenziell geschlossen bleiben oder sich instrumentell nur im Hinblick auf bestimmte Zwecke (wie technologische Machbarkeit) hin verengen.

Eine Fokussierung auf gesellschaftliche Herausforderungen ist voraussetzungsvoll. Sie braucht Wissenschaftler(innen), die das wollen, sowie Anreize und Rahmenbedingungen, die eine solche Orientierung des Wissenschaftssystem unterstützen. Gleichzeitig entsteht damit aber auch eine neue Legitimationsgrundlage für Wissenschaft in der Gesellschaft.

Der Einfluss der Zivilgesellschaft

Gesellschaftliche Problemlagen kann die Wissenschaft nur erfolgreich adressieren, wenn sie sich gegenüber der gesamten Vielfalt von Perspektiven in der Gesellschaft öffnet. Darum ist es so wichtig, dass an die Seite heute schon wirkender Einflussmöglichkeiten von Unternehmen und Wirtschaft bessere Mitsprachemöglichkeiten

der Zivilgesellschaft als Ganzes im Wissenschaftsprozess treten. Diese Mitsprache muss sich auf die Rahmung von Forschungsprogrammen und -fragen beziehen (vgl. S. 30 ff.). Denn wenn Wissenschaft nur nach den technischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Industrie 4.0, der Energiewende (vgl. S. 62 ff.) oder einem künftigen Ökolandbau (vgl. S. 56 ff.) fragt, bleiben viele gesellschaftliche Implikationen dieser Transformationsprozesse im Dunkeln. Daher ist es so wichtig, dass sich die (organisierte) Zivilgesellschaft einmischt und die gesamte Bandbreite der Transformationsprozesse beleuchtet wird.

Letztlich bereitet dies den Weg zu einer integrierten Innovationspolitik. Eine Innovationspolitik, die nicht nur nachsorgende Nebenfolgenbearbeitung mit gewaltigen Kosten betreibt – wie wir es bei der Atomtechnologie, vielen Bereichen der Chemiepolitik oder der Gentechnik erleben –, sondern die früh die Zivilgesellschaft in Innovationsprozesse einbezieht, um blinde Flecken und Nebenfolgen technologischer Entwicklungen in Innovationsprozessen sichtbar zu machen. Auch diese Anforderung ist institutionell voraussetzungsvoll. Sie bedarf einer Zivilgesellschaft, die ausreichend Kapazität besitzt, um sich in wissenschaftspolitische Prozesse einzubringen (vgl. S. 99 ff.).

Inter- und transdisziplinäre Problembearbeitung

Eine Wissenschaft, die sich gesellschaftlich öffnet, die in die Gesellschaft wirkt, stellt sich nicht von selber ein. Es gilt institutionelle Bedingungen für ihre Möglichkeit zu schaffen – insbesondere für transdisziplinäres Arbeiten, das heißt eine problemorientierte Wissensbearbeitung unter aktivem Einbeziehen der Wissensbestände außerwissenschaftlicher Akteure und Akteurinnen. Die Reputations-, Karriere- und Organisationsstrukturen im Wissenschaftssystem stehen dem häufig entgegen. Die Promotion und die wissenschaftliche Karriere im angestammten Fach, das Sichbewegen im etablierten disziplinären Methodenkanon ist heute noch immer der einfachere Weg für eine Forscherkarriere. Eine Veränderung dieser Strukturen erfordert ein umfassendes Reformprogramm, eine zum Teil völlig neue Governance der Wissenschaft (vgl. S. 93 ff.). Eine solche Reform bezieht sich auf neue Fakultätsstrukturen, neue Formen von Forschungsinfrastrukturen wie Reallabore (vgl. S. 120), die die Untersuchung von Transformationsprozessen ermöglichen, bis hin zu sogenann-

ten Bürgeruniversitäten (6), die sich konsequent gesellschaftlichen Ansprüchen öffnen und damit auch Partner für eine kritische Bürgerwissenschaft (vgl. S. 86 ff.) werden. Nur wenn eine kritische Masse solcher Reformen im Wissenschaftssystem realisiert wird und eine ausreichende Zahl an Vorreitereinrichtungen im System entsteht, neue Vernetzungen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen erfolgen (vgl. S. 43 ff.), werden sich die entsprechenden Entwicklungen stabilisieren.

Daher ist ein solcher Umbau alles andere als leicht. Er braucht Mut der Gestaltenden und auch eine geeignete Flankierung. Die nächste Runde der Exzellenzinitiative bietet hierzu Möglichkeiten (vgl. S. 105 ff.).

Aber es lohnt den Weg zu gehen, wenn Wissenschaft einen Stellenwert in den gesellschaftlichen Umbrüchen des 21. Jahrhunderts erlangen soll, der sowohl der Wissenschaft als auch der Gesellschaft gut tun würde. _____

Anmerkungen

- (1) Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München.
- (2) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin.
- (3) Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem. Marburg.
- (4) Burawoy, Michael: For Public Sociology. In: American Sociological Review 70/2005, S. 2–28.
- (5) Strohschneider, Peter: Zur Politik der transformativen Wissenschaft. In: Brodocz, André et al. (Hrsg.) (2014): Die Verfassung des Politischen. Wiesbaden, S. 175–192.
- (6) Schneidewind, Uwe: Plädoyer für eine Bürgeruniversität. In: DUZ Magazin 08/2013, S. 30–31.



Welches Forschungsfeld liegt bei Ihnen gerade brach?

Die Forschungsfelder ohne transformativen „Esprit“.

Zum Autor

Uwe Schneidewind, geb. 1966, ist Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Kontakt

Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
E-Mail Uwe.Schneidewind@wupperinst.org